

Die auf den folgenden Seiten vorgestellte Inhaltsanalyse von Kommunalwahlprogrammen und -aufrufen der bayerischen LINKEN bzw. linker Bündnisse stützt sich auf Material, das kommunalpolitisch Aktive der LINKEN und linker Bündnisse auf der Webseite der LINKEN Bayern zusammengetragen haben.<sup>1</sup> Diese Sammlung setzt mit den Programmen des Wahlantritts bei der Kommunalwahl 2008 ein und begleitet die darauf folgende Arbeit in der kommunalen Selbstverwaltung. Die öffentlich zugängliche Dokumentation gibt einen Eindruck von der Funktion, die die LINKE im bayerischen Parteiensystem wahrnimmt.

Wahlergebnisse und -umfragen schreibt man in Prozenten auf, es interessieren die Größen- bzw. Mehrheitsverhältnisse der Parteien zueinander. Die Inhaltsanalyse hingegen rückt die politischen Ideen und Ziele in den Blickpunkt. Mit der Brille der Wahlumfragen sieht man, ob die Partei „reinkommt“ oder „draußen bleibt“, zur Mehrheitsbildung „gebraucht wird“ oder „überflüssig ist“. Die Inhaltsanalyse nimmt in den Blick, was die Partei sachlich-inhaltlich versprochen hat und was die Wählerschaft berechtigterweise von ihrer Praxis erwarten darf. Sie ist damit vor allem zum Verständnis der Bedeutung neuer Parteibildungen nützlich, die sich ergeben, wenn gesellschaftlich relevante politische Ideen und Ziele vom Kreis der etablierten Parteien ausgeblendet werden. So war es beim Aufstieg der Grünen, der schon fast Geschichte ist, so beim Aufstieg der Freien

1 <http://www.die-linke-bayern.de/landespolitik/kommunaleslandespolitik/>. 2 <http://www.rosalux.de/news/38560/die-piraten.html>

Wähler zur Landtagspartei in Bayern, so bei den frisch aufkreuzenden Piraten. Und so war es auch, als die Abkehr der SPD vom Leitbild der sozialen Solidarität Menschen und Ideen freisetzte, was zur Gründung der WASG und schließlich zu deren Fusion mit der PDS in der LINKEN führte.

Die auf den folgenden Seiten dargestellte Inhaltsanalyse der Wahlprogramme der LINKEN zur Kommunalwahl stellt übersichtlich dar, mit welchen Versprechen die Partei Mandate übertragen erhielt.

Sie lädt zur Diskussion ein: Hat die Partei den Erwartungen, die in sie gesetzt wurden, entsprechen können? Decken die in den Wahlprogrammen formulierten Ziele den politischen Handlungsbedarf in der kommunalen Politik? Enthalten sie Hinweise für die Formulierung politischer Ziele auf den Ebenen des Landes und Bundes? Wo gibt es Übereinstimmung mit anderen Parteien und Kräften, wo schroffe Differenzen?

Wir danken der Rosa Luxemburg Stiftung und dem Kurt-Eisner-Verein für die Erlaubnis zum Abdruck der von ihnen geförderten Studie von Marc Grimm „Bayerische Kommunalwahlen 2008: Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen der LINKEN und linker Bündnisse“ (Erstveröffentlichung hier, S. 1–10) und der Arbeit von Harald Pätzolt „Die Piraten – Wie kann man sie politikwissenschaftlich fassen und was folgt daraus für DIE LINKE?“<sup>2</sup>

Brigitte Wolf, *Forum Linke Kommunalpolitik München e.V.*, August 2012

**www.die-linke-bayern.de/landespolitik/kommunaleslandespolitik:** Auf der Webseite der LINKEN werden seit Mai 2012 Texte gesammelt, die Initiativen linker Kommunalpolitik der aktuellen Amtsperiode seit 2008 dokumentieren. Die Texte liegen als Pdf-Dateien vor. Sie sind nach Schlagworten und nach Orten geordnet. Diese Sammlung dient der Vernetzung linker Kommunalpolitik und soll auch künftig weitergeführt werden. Die Webseite wird von Brigitte Wolf betreut, die seit April 2012 dem Landesvorstand der LINKEN Bayern angehört. Dokumente für die Webseite bitte senden an: [brigitte.wolf@die-linke-bayern.de](mailto:brigitte.wolf@die-linke-bayern.de)

## Bayerische Kommunalwahlen 2008: Inhaltsanalyse von Wahlprogrammen der LINKEN und linker Bündnisse Von Marc Grimm

### 1. Zum Stellenwert von Wahl- und Parteiprogrammen

„In keiner Partei (...) spielt das Parteiprogramm eine nennenswerte Rolle. Potentielle Wähler quälen sich nicht durch langatmige, von Kompromissformulierungen entstellte schriftliche Ausführungen. Sie nutzen lieber das Fernsehen. Die Vorstellung aber, die Stars der Partei würden im Fernsehen inhaltlich vortragen, was im Programm stünde, ist naiv. Als ‚Handlungsanleitung‘ für die Parteifunktionäre ist das Programm gänzlich ohne Belang. Sie ignorieren es schlicht“<sup>1</sup>, formuliert Paul Tiefenbach, der als Abgeordneter der Grünen im Bremer Landesparlament saß.

Tiefenbach formuliert hier zugespitzt eine populäre Charakterisierung der Parteiprogramme: Sie hätten keine Relevanz, weder für die Partei, noch für die Wähler. Der Partei wären ihre Grundsätze egal, und der Wähler sei zu faul, sich mit langatmigen Formulierungen zu quälen. Es stellt sich dann die Frage, weshalb Parteien überhaupt ein Parteiprogramm beschließen sollten? Tiefenbachs Parteikollege Josef Fischer gibt darauf 1998 eine Antwort. Man müsse, so Fischer, „unterscheiden zwischen programmatischen Bekenntnissen, die nach innen gerichtet sind, und der praktischen Arbeit der Partei.“<sup>2</sup>

Fischer und Tiefenbach formulieren treffend, dass die Mehrheit der Wähler sich vorwiegend nicht durch die Lektüre von Parteiprogrammen über Politik infor-

- mieren und dass Parteiprogramme und praktische Arbeit auseinander fallen können.

Anders aber als Tiefenbach und Fischer nahelegen, sind Partei- und Wahlprogramme mehr als unverbindliche Bekenntnisse.

- (1) Programme sind Resultat der Selbstverständigung der Parteimitglieder über Werte und politische Ziele.
- (2) Programme schaffen zuerst innerhalb der Partei Verbindlichkeit. Parteimitglieder tragen das Programm und die darin formulierten Ziele, sofern sie sich nicht merklich gegen darin formulierte Positionen aussprechen und sich deren Veränderung zum Ziel setzen.
- (3) Programme schaffen Verbindlichkeit auf den Ebenen, auf denen die Partei politisch agiert, und nehmen dabei auch Bezug auf das Selbstverständnis der Partei. Verbindlich sind die Inhalte und Forderungen auch deshalb, weil sie in Form des Programms ihren Flüchtighkeitscharakter verlieren.
- (4) Programme sind verbindliche Bekenntnisse der Mitglieder nach außen. Das Mitglied verpflichtet sich auf das Programm. Auch hier gilt, dass das Mitglied sich gegen Positionen aussprechen kann. Das aber hat zur Konsequenz, dass die Einheit und Politikfähigkeit der Partei in Frage gestellt werden wird.

Wahl- und Parteiprogramme sind also wesentlich nicht Teil der Public Relations der Partei, sondern Bekenntnisse der Mitglieder, auf die sie sich selbst verpflichten und auf die sie von den Wähler verpflichtet werden. Der Unterschied zwischen Partei- und Wahlprogrammen ist, dass erstere Grundsatzpositionen beinhalten. Wahlprogramme hingegen spezifizieren diese Grundsätze im jeweiligen politischen Geltungsbereich, also auf Ebene der Kommune oder des Bundeslandes. Anders als Parteiprogramme werden Wahlprogramme auch mit Blick auf mögliche Koalitionen formuliert. Für Wahlprogramme können also auch die Positionen anderer Parteien relevant sein.

## 2. Das Ziel der Analyse

Das Ziel der hier vorliegenden Analyse der Kommunalwahlprogramme 2008 ist es, das unsortierte und unvollständige Material zu strukturieren und dadurch der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen.

Die Analyse soll kenntlich machen, welche politischen Felder DIE LINKE in Bayern besetzt, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den konkreten politischen Forderungen sich auf kommunaler Ebene finden lassen. Zudem sollen Anschluss- und Reibungspunkte dieser Forderungen zur Landes- und Bundespolitik kenntlich gemacht werden. Insbesondere ist hier von Interesse, ob die kommunalpolitischen Forderungen, die sich auf Politikfelder beziehen, die in die Zuständigkeit von Bund und Länder fallen, diese Zuständigkeiten kenntlich machen und gegebenenfalls die Positionen der Partei auf Landes- und Bundesebene darstellen.

## 3. Material und Methode

Von den insgesamt zweiundzwanzig Städten, Gemeinden und Kreistagen, für die DIE LINKE 2008

kandiert hat, waren acht Programme verfügbar.<sup>3</sup> Der Umfang der Programme variiert stark: das Münchner Programm hat einen Umfang von sechzig Seiten; das Linke Bündnis Haßberge trat mit einem einseitigen Forderungskatalog zu Wahl an. Es versteht sich, dass der Konkretionsgrad der Forderungen und der Umfang der besetzten Politikfelder von diversen Faktoren abhängig ist, allen voran die Kontinuität der Parteiarbeit vor Ort. Zudem beeinflusst auch die Größe der Kommune den Umfang der Politikfelder.

Die Analyse orientiert sich methodisch\* an der sozialwissenschaftlichen Methode der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring.<sup>4</sup> In deren Zentrum steht die Strukturierung und der Nachvollzug des Sinngehalts des Materials. Im Gegensatz zu quantifizierenden Zugriffen abstrahiert sie nicht vom Kontext und ermöglicht es dem Analysten, die Relevanz des Materials selbst zu beurteilen und damit auch Ausnahmen zu berücksichtigen. Um die politischen Forderung die in den Wahlprogrammen nicht notwendig unter den gleichen Rubriken aufgelistet sind zu fassen, wurde das Material zuerst paraphrasiert. Danach wurde Kategorien gebildet (z.B. Haushalt) und das vorher paraphrasierte Material wurde den Kategorien zugeordnet. So finden sich auch politische Forderung gefasst, die zwar nicht dem Wortlaut, wohl aber dem Sinngehalt nach, einer Kategorie zugeordnet werden können.

Damit Forderungen überhaupt in eine der Kategorien zugeordnet wurden, mussten sie einen bestimmten Konkretionsgrad erreichen. Allgemeine Formulierungen, wie beispielsweise die nach Beendigung der Kommerzialisierung der Innenstadt, finden ihren Weg nicht in Analyse, wenn die Ablehnung nicht zugleich mit einer konkreten politischen Forderung verbunden ist. Obgleich der Autor in einzelnen Fällen entschieden hat, auch Forderung zu berücksichtigen, die nur einmal genannt wurden und eine eigene Kategorie notwendig gemacht haben, spielte auch die Quantität eine Rolle: Forderungen fanden nur dann ihren Weg in das Ergebnis, wenn eine gewisse Anzahl von Forderungen zu diesem Thema vorlagen. Wenn Forderungen sich auf konkrete lokale Themen bezogen, dann fanden sich diese in abstrahierter, also verallgemeinerter Form in den Kategorien wieder.

Die Tabellen können aus unterschiedlichen Perspektiven gelesen werden. Einmal zeigen die Kategorien, welche Themen behandelt werden. Dann zeigen sie, welche Grundsatzposition sich identifizieren lässt und welche verschiedenen Forderungen damit verbunden sind. Diese Ergebnisse lassen sich auch ex negativo lesen, soll heißen: Fehlendn Kategorien verweisen auf Themen, die nicht oder nur marginal behandelt werden. Und die Bandbreite an Forderungen zeigt auch, welche denkbaren (linken) Positionen, von der Partei nicht vertreten werden. Zudem ist bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen, dass politische Forderungen sich immer auf diverse Politikfelder beziehen, ab immer nur einer Kategorie zugeordnet wurden. Die beiden unteren Zeilen zeigen, ob das Thema in Verbindung zur Landes- und Bundesebene behandelt wird, was insbesondere dann von Interesse ist, wenn das Thema in den Aufgabenbereich von Land oder Bund fällt.

\* Empirische Sozialforschung: In der empirischen Sozialforschung unterscheidet man zwischen quantitativen und qualitativen Methoden. Quantitative Methoden bieten sich für die Ermittlung des Verbreitungsgrades einer Einstellung an. Mittels z.B. der Methode der Befragung kann die Zustimmung und Ablehnung zu einer bestimmten Aussage ermittelt werden. Um aber zu erfahren, warum bestimmte Aussagen Zustimmung erfahren, ist man auf qualitative Methoden wie das Interview angewiesen. Dieses ermöglicht es im Dialog Argumentations- und Sinnzusammenhänge von Aussagen zu erfassen.

#### 4. Ergebnisse

Aus dem Material ergaben sich 23 Kategorien. Sie lassen erkennen, welche Themen in der Kommunalwahl 2008 besetzt wurden. Im Folgenden stehen jene Positionen im Fokus, die am häufigsten vertreten wurden.

Hinsichtlich der Frage der politischen Entscheidungsfindung fand die Forderung nach Einführung eines Bürgerhaushalts und damit nach mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung am meisten Zustimmung. Mehr Transparenz wurde auch für die Arbeit kommunaler Betriebe gefordert, wobei das Kernthema hier vor allem die Privatisierung war, die durchweg abgelehnt wird, wobei die Rekommunalisierung verhältnismäßig selten gefordert wurde. Den kommunalen Haushalt betreffend fanden Forderungen, dass die Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen an Arbeitsplatz- und Tariftreuerklärungen sowie die Berücksichtigung der Ausbildungsquote der Unternehmen gekoppelt werden muss, am häufigsten Erwähnung. Der Nahverkehr gehört zu den Themen, die am ausführlichsten behandelt wurden. Gefordert wurde die Verkürzung der Taktung des Nahverkehrs. Zur Gestaltung der Fahrpreise finden sich ähnliche Forderungen, wobei der Mobilität von sozial Schwachen durch verschiedene Modelle eines Sozialtickets besondere Aufmerksamkeit zukommt. Stark vertreten wird auch die Forderung nach dem Ausbau der Radwegnetzes und des ÖPNV-Netzes. Die Forderung nach der Aufstockung der Mittel für den Sozialwohnungsbau findet sich häufig, zudem die Forderung nach Unterstützung der energietechnischen Sanierung des Wohnbestandes und vereinzelte Forderungen

nach alternativen Wohnformen (Mehrgenerationenhaus) und Besitzverhältnissen (Genossenschaften). Der dezentrale Ausbau der Stadtteile ist vor allem in Augsburg, Nürnberg und München Thema, wobei sich die Forderungen zwischen zwei Polen bewegen: Einerseits der Gewährleistung der Grundversorgung und andererseits der flächendeckenden Versorgung mit öffentlichen, kulturellen und religiösen Einrichtungen in den Stadtvierteln.

Bildungspolitisch dominiert die Forderung nach der vollständigen Kostenfreiheit von Krippen und Kitas. Ebenfalls häufig finden sich Forderungen nach kostenlosem Essen in Kindergärten, Kitas und Schulen. In Fragen der Schulpolitik findet sich unter Verweis auf die Zuständigkeit des Landes die Forderung nach der Einführung der integrierten Ganztageschule. Ansonsten forderte DIE LINKE in den drei Großstädten die Förderung muttersprachlichen Unterrichts.

Hinsichtlich der Ausländerpolitik dominieren Forderungen, die auf soziale und politische Integration zielen, wobei die Einführung einer Ausländerquote in der Kommunalverwaltung und die Einführung des kommunalen Wahlrechts die meiste Zustimmung finden. Im Umgang mit Rechtsextremismus dominiert die Forderung, dass die Kommunen ihre rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen und Aufmärsche von Rechtsextremen verbieten sollen.

Verbindungen zur Landes- und Bundespolitik oder zu Positionen der Partei auf diesen Ebenen finden sich kaum, am stärksten in Fragen des Umgangs mit Ausländern und vereinzelt im Bereich der Wirtschafts- und Bildungspolitik.

1 Tiefenbach, Paul: Die Grünen. Verstaatlichung einer Partei, Papyrossa, 1998, S. 7. 2 Fischer, 1994 zitiert nach Tiefenbach, 1998, S. 11. 3 Stichtage war der 10. Juli 2012. 4 Mayring, Philipp: Die Praxis der qualitativen Inhaltsanalyse, Beltz, 2008 und ebd.: Einführung in die qualitative Sozialforschung, Beltz, 2002

### Tabellenteil (Seite 3 bis 11): Liste der in die Analyse (Stichtag 10.7.2012) einbezogenen Dokumente. Die Seitenangaben in den Tabellen beziehen sich auf die im Internet (siehe Seite 1) zugängliche Dokumentation.

**Augsburg:** Für eine demokratische, soziale und solidarische Kommunalpolitik. Privatisierung stoppen – öffentliche Daseinsvorsorge erhalten und ausbauen. (S. 3). **Erlangen:** Kommunalpolitisches Programm der Liste Erlanger Linke zur Kommunalwahl 2008. Ein anderes Erlangen ist möglich. In Erlangen leben – sozial gerecht und demokratisch. (S. 40). **Fürth:** Hier ist DIE LINKE. Soziales hat Vorrang. Die Linke in den Stadtrat. 11 Punkte für unsere Stadt. (S. 56). **Ingolstadt:** DIE LINKE zur Stadtrats- und OB-Wahl 2008. Ein Ingolstadt für Alle. (S. 59). **München:** DIE LINKE.München – Programm zur Kommunalwahl 2008 | Solidarisches München – München für alle! (S. 70). **Nürnberg:** 12 Programm-Eckpunkte. Wir engagieren uns für ein demokratisches und soziales Gemeinwesen. Wir stehen für eine lebenswerte, umwelt- und vor allem menschenfreundliche Stadt. (S. 133). **Schweinfurt:** WEIL ALLE DAZU GEHÖREN! Programm zur Kreistagswahl 2008. (S. 142). **Haßberge.** Linkes Bündnis Haßberge: Bessere Arbeit – Mehr Gerechtigkeit Mehr Mitbestimmung – Mehr Umweltschutz.(S. 151)

<b>Thema: Soziale Gerechtigkeit</b>	
<p><b>Grundsatzposition:</b> Entschärfung der Folgen von Hartz IV.</p> <p><b>Stichworte:</b> –</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik</b> Verweis auf Fehlleistungen der Landesregierung (S141).</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik</b> Stadt muss Bundesregierung zur Erhöhung von ALG II auffordern (M134).</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Abbau von Ein-Euro-Jobs, Vergabe nur an Freiwillige (A10); Abschaffung von Ein-Euro-Jobs (I60, E42, F57, M75, 80, S141, H151); Sozialberatung für Arbeitslose (A11); Übernahme der Kosten für Umzug, Bildung, Schulmaterial von Hartz-IV-Beziehern durch die Stadt (A11); Übernahme von Heiz- und Mietkosten durch die Stadt (N134): keine Zwangsumzüge für Hartz IV-Bezieher (E42, M75); keine Kontrolle von Hartz IV-Beziehern durch das Arbeitsamt (E42, S144); Unterstützung für Wohlfahrtseinrichtungen (F57); Einrichtung einer Ombudsstelle für Beschwerden bezüglich ALG II (M111); Umsetzung des EU-Grundsatzes: Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit (M123); regelmäßige Armutsberichte (E42, S141).</p>

<b>Thema: Wohnungslosigkeit</b>	
<p><b>Grundsatzposition:</b> Bereitstellung der Grundversorgung (Unterkunft, ärztliche Hilfe).</p> <p><b>Stichworte:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Bereitstellung von Wohnungen anstatt von Wohnheimplätzen (A16); Organisation ärztlicher Versorgung (A16).</p>

<b>Thema: Senioren</b>	
<p><b>Grundsatzposition:</b> Bekämpfung der Altersarmut; Mitbestimmung in Heimen; Integration von alten Menschen.</p> <p><b>Stichworte:</b> : -</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik</b> Forderung: Eintreten für Rente spätestens ab 65.</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Einrichtung von Seniorenbüros (A14); Ausbau seniorengerechter Infrastruktur (E50); Ausbau der Pflegedienste (E50); regelmäßige Kontrollen der Pflegeheime (M76); Schaffung einer Infrastruktur für ältere MigrantInnen, insbesondere multireligiöse, mehrsprachige Altenpflege (M105); Betreuungsangebote für homosexuelle Senioren (M124).</p>

<b>Thema: Behinderte</b>	
<p><b>Grundsatzposition:</b> Integration von Behinderten</p> <p><b>Stichworte:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Erstellung eines Behindertenhilfeplans (A15); Ausbau der technischen Voraussetzungen zur Teilnahme Behinderter am öffentlichen Leben (A15, F57); Vergabe öffentlicher Aufträge soll an die Einhaltung der Schwerbehindertenquote gebunden werden (A15); behindertengerechte Modernisierung des ÖPNV (I61); Förderung behindertengerechten Sozialwohnungsbaus und Sanierung (E51, M93).</p>

<b>Thema: Drogenpolitik</b>	
<p><b>Grundsatzposition:</b> Sozialarbeit statt Kriminalisierung</p> <p><b>Stichworte:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Ausbau der Drogenberatungsstellen (M77); gesellschaftliche Integration von Abhängigen (M77); Gesundheitsräume für Drogenkonsumenten (M77).</p>

## Thema: Ausländerpolitik

### Grundsatzposition:

Ausweitung der politischen Rechte und Verbesserung der sozialen Situation von Ausländern.

### Stichworte: -

### Verweise auf Landespolitik

Aufhebung der restriktiven Anwendung der Sicherheitsgesetze gegen Illegale (A31; I65; E57; M104); Zuständigkeit für Flüchtlingspolitik liegt bei Bund und Ländern (M128).

### Verweise auf Bundespolitik

Zuständigkeit für Flüchtlingspolitik liegt bei Bund und Ländern (M128).

### Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:

Ausweitung der Kompetenzen des Ausländerbeirates (A31, M103); Förderung der Selbstorganisation (A31); interkulturelle Erziehung in Kindergärten (A31, M104); Förderung muttersprachlichen Unterrichts (A31, M104); Einrichtung eines Migrationsrates (I65); Krankenversorgung von Ausländern unabhängig von deren Aufenthaltsstatus (M104); Förderung von Integrationsprojekten (I65); großzügige Handhabung der Residenzpflicht von Flüchtlingen (I65, N135); Unterstützung bei der Beantragung der Einbürgerung (M103); Anstellung von Ausländern in städtischen Betrieben ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend (F57, M104, N135); kommunales Wahlrecht auch für Nicht-EU-Ausländern (F57, M110, N135); Förderung der Selbstorganisation von Ausländern (M104).

## Thema: Gleichstellung von Geschlechtern und Lebensweisen

### Grundsatzposition:

Abschaffung der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts oder sexueller Präferenzen.

### Stichworte: -

### Verweise auf Landespolitik: -

### Verweise auf Bundespolitik: -

### Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:

Berücksichtigung von nichttraditionellen Lebensgemeinschaften bei der Vergabe von Sozialwohnungen, Kindergärten- und Schulplätzen (A16, M123); Unterstützung von queeren Vereinen und Initiativen (M124); Erhöhung der Frauenquote in den Führungspositionen kommunaler Betriebe (N135).

## Thema: Sicherheitspolitik

### Grundsatzposition:

Prävention statt Kriminalisierung.

### Stichworte: -

### Verweise auf Landespolitik

Repression ist Aufgabe des Landes und Bundes, nicht der Kommune (A32).

### Verweise auf Bundespolitik

Repression ist Aufgabe des Landes und Bundes, nicht der Kommune (A32)

### Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:

Keine Kameraüberwachung öffentlicher Plätze (A32); keine privaten Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum (A32); pädagogische und interkulturelle Fortbildung der Polizei (A32).

<b>Thema: Politische Entscheidungsfindung</b>	
<p><b>Grundsatzposition:</b> Mehr Transparenz und Beteiligung der Bürger: Entscheidungsfindung, Alternativen und Entscheidungen müssen kenntlich und öffentlich zugänglich gemacht werden.</p> <p><b>Stichworte:</b> Zivilgesellschaftliches Engagement; Partizipation; direkte Demokratie; kommunaler Bürgerhaushalt; gläsernes Rathaus.</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Beschluss des Informationsfreiheitsgesetzes als Satzung der Stadt (A8); Einführung des Bürgerhaushalt (A6, I68, M95, 97, 110, H151); Ausbau der Entscheidungsrechte der Bezirksausschüsse (M110); Bürgerentscheide für kommunale Großprojekte (N137); direktes Antragsrecht für Bürger bezüglich kommunaler Haushaltsfragen (N137); Einführung von Bürgerforen, Runden Tischen und Einwohnerfragestunden (S145).</p>

<b>Thema: Stadtplanung</b>	
<p><b>Grundsatzposition:</b> Orientierung am Allgemeinwohl: Orientierung an sozialen, ökologischen und historischen Aspekten.</p> <p><b>Stichworte:</b> Lokale Agenda 21; „Stadt in der Stadt“.</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Förderung dezentraler Einkaufsmöglichkeiten (A26); Gewährleistung der Grundversorgung in den Stadtteilen (A26, I61, I62, N137); flächendeckend Versorgung öffentlicher, kultureller und religiöser Einrichtungen in den Stadtviertel (M101, 118, N138); Förderung des ortsansässigen Einzelhandels (I67); Jugendzentren in den jeweiligen Stadtteilen (E49); Freizeiteinrichtungen in allen Stadtteilen (E49, 53).</p>

<b>Thema: Kommunale Betriebe und Privatisierung</b>	
<p><b>Grundsatzposition:</b> Kommunale Verwaltung der Betriebe der öffentlichen Daseinsvorsorge; Ausbau der demokratischen Steuerung kommunaler Betriebe.</p> <p><b>Stichworte:</b> Rekommunalisierung.</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Erhalt der kommunalen Sparkassen (A13, M81); Kostenloses Sparkassenkonto für alle (E 41); Gebührenfreiheit bei den Sparkassen für Hartz-IV-Bezieher (A11, H151); keine weitere Privatisierung (I60, A12, E45, F56, M80, N133, S141, H151); keine befristeten Arbeitsstellen und keine Leiharbeiter bei der Stadt (E42); Rekommunalisierung (I60, M81); Ablehnung der Public-Privat-Partnership-Betreibermodelle (I60, M133); mehr Transparenz der Tätigkeit kommunaler Betriebe (I60, M97, N135); mindestens Bezahlung nach Tarif in kommunalen Betrieben (I61); Einhaltung der Ausbildungsquote von 7% in kommunalen Betrieben (I64); Ausbildungsquote 10% bei der Stadt (E42, N135); Erhöhung der Ausbildungsquote (M88, N134, A36); kein Kauf von Produkten aus Kinderarbeit, sondern von fair gehandelten Produkten (I65); Ausbau der öffentlichen Dienstes (N134); Verringerung der Gebühren kommunaler Betriebe: Großkundertarife für alle (E41); keine Großkundenrabatte (E42).</p>

## Thema: Verkehrspolitik

<p><b>Grundsatzposition:</b> Sicherung der Mobilität der Bürger durch öffentliche Verkehrsmittel.</p> <p><b>Stichworte:</b> Verkehrswende; ökologische Verkehrspolitik; Ausbau des ÖPNV.</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik</b> Kürzung der Zuschüsse für den ÖPNV durch den Freistaat 2004 (A18).</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik</b> Bund friert Mittel für ÖPNV 2006 ein (A18); Ablehnung der Privatisierungspolitik der DB (A19).</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Kürzere Taktung des Nahverkehrs (A19, I61, M107, N138); Senkung der Fahrpreise (A19, I61, M107); keine Erhöhung der Fahrpreise (F56, M107, N138); Kostenfreiheit für SchülerInnen (I61, S147); Kostenfreiheit für Hartz IV-Bezieher (E42); Ausbau der Radwegnetzes (A19, I61, E47, F57, M107, H151); Ausbau der Fussgängerzonen (A19); Ausbau des ÖPNV (I60, E46, M107, N134); Einführung der Umweltzone in der Innenstadt (A19); Modernisierung der Leitsysteme (I61); behinderten- und kindergerechter Ausbau der Fahrzeuge und Haltestellen (I61, N138).</p>
--	---

## Thema: Energieversorgung

<p><b>Grundsatzposition:</b> Ökologische Energiepolitik; Förderung von Energieeffizienz und des Einsatzes regenerativer Energien</p> <p><b>Stichworte:</b> Klimaschutz</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Keine Beteiligung der Stadtwerke an neuen Kohlekraftwerken und Umstellung auf regenerative Energien (I66); Ausbau der Fernwärmenetz (M50).</p>
--	--

## Thema: Wohnraumpolitik

<p><b>Grundsatzposition:</b> Keine Privatisierung kommunalen Wohnraums; Ausweitung des sozialen Wohnungsbau; Sicherung sozial gemischter Wohnviertel; Bürgerbeteiligung bei der Wohnraumpolitik.</p> <p><b>Stichworte:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Aufstockung der Mittel für Sozialwohnungsbau (A21, I67, E42, M93); Förderung alternativen Wohnformen im sozialen Wohnungsbau (E48, M89); Förderung kollektiver Eigentumsformen (A21); Etablierung kommunaler Wohnungsmarktagenturen (A21); flächendeckender Mitspiegel (A21); kommunale Kredite für gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften (A24); baurechtliche Vorgaben zur Förderung von Solaranlagen und energieeffizientem Bauen (A24, E46); Förderung generationsübergreifender Wohnprojekte (I67); kommunale Sanierungsprogramme für energietechnische Verbesserungen des Wohnbestandes (A27, M93, 113); Vorrang des Geschosswohnungsbaus (E 46); Milieuschutz-Satzung um Mietsteigerungen Wohnraum in Privatbesitz zu verhindern (E48, M92); Kauf von großen Beständen von Eigentumswohnungen durch die Stadt (M92); Zweckentfremdungsverordnung (M93).</p>
--	---

## Thema: Haushalts- / Wirtschaftspolitik

<p><b>Grundsatzposition:</b> Bekämpfung der Erwerbslosigkeit; Schaffung von Arbeitsplätzen; Arbeit ist Menschenrecht.</p> <p><b>Stichworte:</b> –</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik</b> Geringe Mittelzuweisung an die Kommunen beschränkt deren Handlungsspielraum (A17); Durchsetzung der Konnexität gegenüber dem Bund (A17, E44); Finanzbeziehung zwischen Kommune, Bund und Länder müsse zu Gunsten der Gemeinden reformiert werden (E44); Einsatz für Gemeindefinanzreform (F57, N133).</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik</b> Geringe Mittelzuweisung an die Kommunen beschränkt deren Handlungsspielraum (A17); Durchsetzung der Konnexität gegenüber dem Bund (A17, E44); Forderung: Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität, Abrüstung, Steuerreform, Einsatz der Mittel für kommunale Aufgaben (E44); Einsatz für Gemeindefinanzreform (F57, N133).</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Keine weitere Senkung der Gewerbesteuer (A17); keinerlei Befreiung von der Grundsteuer (A17); Angleichung der Gewerbesteuer an den bayerischen Durchschnitt (I68); Erhöhung der Gewerbesteuer (E42); Förderung von Genossenschaften (A9); Vergabe öffentlicher Gelder nur gegen Arbeitsplatzgarantie (A13, E42); Vergabe öffentlicher Gelder nur gegen Tariftreuerklärung (I60, M81, N135, H151); Vergabe öffentlicher Aufträge muss Ausbildungsquote der Unternehmen berücksichtigen (A36, M88, N135); Einhaltung der Arbeitsruhe an Sonn- und Feiertagen (A13; I67).</p>
--	--

## Thema: Kulturpolitik

<p><b>Grundsatzposition:</b> Ausbau der kulturellen Einrichtungen und Angebote.</p> <p><b>Stichworte:</b> –</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> –</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> –</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Kostenfreies kulturelles Angebot (N134); Gewährleistung des kulturellen Angebots für Geringverdiener durch den Sozialpass (A29); Förderung migrantischer Kultur (A29); Finanzierung freier Kulturvereine und -gruppen (A29); Unterstützung des jüdischen Lebens (A29); Förderung partizipativer, alternativer nichtkommerzieller Kulturangebote (E53, M110, N138); Bereitstellung von Ateliers und Veranstaltungsräumen durch die Stadt (M121).</p>
---	---

## Thema: Landwirtschaft

<p><b>Grundsatzposition:</b></p> <p><b>Stichworte:</b> –</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> –</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> –</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Kein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen (I66, S147, H151).</p>
--	---

## Thema: Bildungspolitik

### Grundsatzposition:

Sicherung des dauerhaften Zugangs zu Bildungsmöglichkeiten für alle Bürger; Qualitätssicherung der Bildung; Ablehnung der Privatisierung von Bildung.

### Stichworte:

Bildung als öffentliches Gut.

### Verweise auf Landespolitik

Forderung: Alle Kinder gehen bis zur 10. Klasse in eine Schule;  
Einsatz für die Abschaffung der Studiengebühren (M89);  
keine Mittelkürzungen der VHS durch den Freistaat (H151).

### Verweise auf Bundespolitik: –

### Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:

Gebührenfreiheit für alle Bildungseinrichtung (A27, I64, N134);  
Ausbau der (Erwachsenen-)Bildungsinstitutionen (A27, M90);  
Ablehnung der Integration von Ein-Euro-Jobbern (A27);  
mehr Personal für städtische Bildungseinrichtungen (E52);  
Bildungsangebote sollen die Gleichwertigkeit queerer Lebensweisen fördern (M124).

## Thema: Schulpolitik

### Grundsatzposition:

Lokale Politik muss der sozialen Selektivität des Schulsystems entgegenwirken.

### Stichworte: –

### Verweise auf Landespolitik

Forderung: Integrierte Ganztageschule für alle Kinder bis zur 10. Klasse (I64, N135); Forderung: Gemeinschaftsschule (M85);  
keine Verstaatlichung städtischer Schulen (N135).

### Verweise auf Bundespolitik: –

### Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:

Schulmittelfonds für Kinder aus sozial schwachen Familien (I64, S141);  
Förderung muttersprachlichen Unterrichts (A31, N135, M104);  
Schulmittelfreiheit (E41, F57, M85);  
mehr ausländische LehrerInnen (F57);  
kostenlose und allgemeine Hausaufgabenhilfe (M86).

## Thema: Jugend

### Grundsatzposition:

Ausbau der Jugendarbeit und des Freizeitangebots.

### Stichworte: –

### Verweise auf Landespolitik: –

### Verweise auf Bundespolitik: –

### Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:

Förderung selbstverwalteter Jugendzentren (A36, M110);  
Förderung städtischer Jugendclubs (E49);  
gengerechte Jugendarbeit (A36);  
Einrichtung von Stadtteiljugendparlamenten (A49);  
Stärkung der Mitbestimmungsrechte in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche (M110, H151).

## Thema: Kinder

<p><b>Grundsatzposition:</b> Ausbau der bestehenden Kinderbetreuungssangebote; Bereitstellung von sozialen Angeboten für Kinder aus armen Elternhäusern; Verbesserung des Betreuungsverhältnisses.</p> <p><b>Stichworte:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik</b> Reformierung des Kindergartengesetzes (A35.)</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Kostenloser Besuch der Kindertagesstätten im letzten Jahr vor Eintritt in die Schule (A35); Gebühren für Kindertagesstätten gestaffelt nach Einkommen der Eltern (A35, M74); Kostenloser Besuch von Kindertagesstätten und Krippen (I64, E64, F57, M81, S146, H151); kostenfreie Horte für Geringverdiener (A35); Durchsetzung des Recht auf Kindergartenplatz (A36); Willkommenspakete für Neugeborene (I63); kostenloses Mittagessen in frühkindlichen Einrichtungen (F57, M74), kostenlose Mittagessen in frühkindlichen Einrichtungen und Schulen (I64, M84, 114); kostenlose Schulspeisung (E41, N135); interkulturelle Erziehung in Kindergärten (A31); Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze in Kindergärten (M123).</p>
--	---

**In allen Städten finden sich Konzepte, die unter Namen wie Sozialpass und -ticket ursprünglich nur die Mobilität sozial Benachteiligter im kommunalen Bereich sicherstellen sollten. Wie die Tabelle zeigt, unterschieden sich die Konzepte hinsichtlich der Zielgruppen und Finanzierungsmodellen, tendieren aber zu einer Pauschalabgabe von unter 20 Euro pro Monat, die den freien Zugang zum ÖPNV ermöglicht. Zudem zielen die Konzepte mehrheitlich auch auf die Integration in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport, wobei in diesen Bereichen die Forderung nach Ermäßigungen dominiert.**

### Stadtpass, Sozialticket, Sozialpass

	Personenkreis	Nahverkehr	Gesundheit/ Sport	Kultur	Bildung	Kosten
Augsburg (Sozialpass) (A11)	Einkommensschwache	Ermäßigung		Ermäßigungen	Ermäßigungen	
Ingolstadt (Sozialpass) (I63)	ALG II-Bezieher, RentnerInnen, SozialhilfeempfängerInnen, SchülerInnen, Studierende, Wehr- und Ersatzdienstleistende	kostenlos	Kostenfreie Gesundheitskurse; Übernahme der Kosten von privaten Veranstaltern		VHS-Angebot kostenfrei	
Erlangen (Erlangen-Pass)	Bruttoeinkommen unter 1500 Euro	90% Ermäßigung	90% Ermäßigung bei städtischen Einrichtungen	90% Ermäßigung bei von der Stadt subventionierten Einrichtungen	90% Ermäßigung bei städtischen Einrichtungen	
Fürth (Mobi-Card)	Arbeitslose, prekär Beschäftigte und Bezieher von Grundsicherungen	Keine weiteren Kosten	Keine weiteren Kosten für öffentliche Bäder			18 Euro
München-Pass (M75)	Bezieher von ALG II und Grundsicherung	kostenlos			Verbesserung der Ermäßigungen	
Nürnberg (N138) Sozialticket	Sozial Benachteiligte	Keine weiteren Kosten				18 Euro
Schweinfurt (S141)	Bezieher von ALG II, SBG II, SBG XII, AsylbewerberInnen, Familien mit 2 + x Kindern, Kinder, Schüler, Studenten	Halber Preis für Eintritte und Gebühren	Halber Preis für Eintritte und Gebühren	Halber Preis für Eintritte und Gebühren	Halber Preis für Eintritte und Gebühren	<14,03 Euro
Haßberge (Sozialticket) (H151)	Bezieher von ALG II	Ermäßigungen		Ermäßigungen	Ermäßigungen	

## Thema: Erinnerungspolitik/ Antimilitarismus

<p><b>Grundsatzposition:</b> Erinnerung an den Nationalsozialismus und Kampf gegen Revisionismus.</p> <p><b>Stichworte:</b> Erhalt und Kennzeichnung historischer Orte.</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Keine Förderung revanchistischer Gruppen und Verbände (A34, M125); Städtepartnerschaften mit Tschechien und Serbien (A34); Förderung antifaschistischer Gruppen (A34, M126); Umbenennung von öffentlichen Orten, die nach Nazis oder Militärs benannt sind (A34, E53); OB soll Mitglied der „Bürgermeister für Frieden“ werden (I65); keine öffentlichen Auftritt der Bundeswehr (I65, E53) Unterstützung des Ansbacher Appells (E53); keine Jugendoffiziere der Bundeswehr an Schulen (F57).</p>
---	---

## Thema: Rechtsextremismus

<p><b>Grundsatzposition:</b> Bekämpfung des Rechtsextremismus.</p> <p><b>Stichworte:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Landespolitik:</b> -</p> <p><b>Verweise auf Bundespolitik:</b> -</p>	<p><b>Konkrete Forderungen auf lokaler Ebene:</b> Städtisches Verbot für Aufmärsche von Rechtsextremen (A34, I65, E53, M125); Vorgehen gegen rassistische und diskriminierende Verhaltensweisen im öffentlichen Dienst (M111).</p>
--	--

# Die Piraten – Wie kann man sie politikwissenschaftlich fassen und was folgt daraus für DIE LINKE?

Von Harald Pätzolt

Seit ihrer Gründung 2006 nahm die Piratenpartei in Europa eine differenzierte Entwicklung. Es ist ein Gemeinplatz, dass man schwer vorhersagen kann, wie diese Entwicklung in den verschiedenen Ländern weiter gehen wird. Politikwissenschaftlich lässt sich allerdings die Piratenpartei durchaus näher bestimmen und in die bestehenden Parteiensysteme einordnen.

### 1. Entstehung der Piraten

Zwei Konzepte taugen meines Erachtens besonders, die Entstehung der Piraten und deren differenzierte Entwicklung zu erklären. Einmal das Modell des strukturellen Wandels, das, kurz gesagt, behauptet, dass Gesellschaften wohl in der Lage sind, Wandel und Transformationen institutionell zu verarbeiten und dabei kollektive Immobilisierungen rund um neue Themen und Konfliktlinien stattfinden. In diesem Modell erscheint die Piratenpartei als eine politische Innovation, die der Durchsetzung des Internets und der gesellschaftlichen Folgen geschuldet ist. Zum andern erlauben Modelle der Ressourcenmobilisierung, der Gelegenheitsstrukturen, konkreter zu erklären, welche Ressourcen den jeweiligen Akteuren für die Gründung und das Betreiben einer neuen Partei zur Verfügung standen und welche Möglichkeiten, etwa das jeweilige Wahlrecht und die Verfas-

sung der andern Parteien, dafür boten. Was festzuhalten wäre ist, dass es wohl neu entstandene Interessenlagen in der europäischen Gesellschaft gab und gibt, die von den Parteien bis zum Auftauchen der Piraten am Horizont nicht angemessen repräsentiert wurden. Die andern Parteien bemühen sich, ihrerseits das Repräsentationsdefizit zu verringern.

### 2. Stufe der Parteientwicklung der Piraten

Die Piraten sind mit dem Konzept der Bewegungspartei[1] beschreibbar. Bewegungsparteien entstehen aus sozialen Bewegungen, wenn deren Akteure das institutionelle Setting wechseln, in dem sie agieren, also in den Parteienwettbewerb eintreten und ihre sozialen Interessen nun in der parlamentarischen Arena vorbringen. Dazu müssen sie für gewöhnlich, so das Modell, in Organisation und Infrastruktur investieren, ohne die kollektives politisches Handeln als Partei nicht funktioniert und in Verfahren programmatischer Arbeit und des kollektiven Interessenabgleichs, wie sie für eine politische Partei unabdingbar sind. Die Akteure tun das gelegentlich halberzig, halten an bisherigen Praxen fest, daher der hybride Charakter der Piraten, halb noch Bewegung, halb schon Partei.

Die eigentliche politische Innovation durch die Piraten scheint darin zu bestehen, dass sie entdeckt ha-

**Autor:** Dr. Harald Pätzolt arbeitet beim Parteivorstand DIE LINKE.



## ZURÜCK ZUR WÄHLERSCHAFT

### POTENTIALE FÜR DIE LINKE

Nachdem der Wechsel an der Spitze der Partei DIE LINKE auf dem Göttinger Parteitag vollzogen wurde, richtet diese nun den Blick nach vorn: auf die Bundestagswahl 2013 und die Europawahl 2014. Näher noch, dadurch fast schon wieder aus dem Blickfeld, gilt es die Landtagswahl in Niedersachsen zu bestehen. Gelingt die Konsolidierung der Partei in der Wählergunst über den Sommer, wofür derzeit einiges spricht, dann muss die Niedersachsenwahl nicht verloren gehen.

Der Schriftsteller Manès Sperber hat den schönen Spruch getan: Erlebnisse hat man, Erfahrungen macht man. Die Zeit innerparteilicher Auseinandersetzungen vor Göttingen war einer ruhig sachlichen, Wissenschaft zu Rate ziehenden Verarbeitung der überwiegend bedrückenden Wahlergebnisse in den Jahren 2010 und 2011 zu erfahrungsgesättigter Orientierung nach vorn nicht unbedingt zuträglich. Nun aber lohnt der Blick über die Schulter, auf die Wählerschaft, die der Partei DIE LINKE gefolgt ist und auf die Lücken in den Reihen, auf die Weggebliebenen und auf jene, welche sich in eine andere parteipolitische Richtung bewegt haben. Die große Frage, der sich dieser Standpunkt widmet ist: Wer ist eigentlich wem abhanden gekommen? Die Wählerschaft der Partei oder DIE LINKE ihrer Wählerschaft?

[www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte\\_09-2012\\_web.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte/Standpunkte_09-2012_web.pdf)

ben, dass die Modi, Praxen und Techniken der Bewegung, im Wesentlichen netzbasierend, nun auch als Formen der Organisation kollektiven politischen Handelns als Partei und zur innerparteilichen Meinungs- und Programmabstimmung (Social Choice) taugen. Es bedarf eigentlich keines aufwändigen Parteiaufbaus. Das reduziert die Investitionen enorm und erklärt den raschen Erfolg, wo sonst, wie in Deutschland, die Gelegenheiten günstig waren. Die ändern Parteien werden diese Basisinnovation übernehmen.

### 3. Stellung der Piraten in der politischen Landschaft

Mit dem zweidimensionalen Modell (libertär-autoritär, Soziale Gerechtigkeit-Marktfreiheit) von H. Kitschelt u.a., von R. Stöss, G. Neugebauer u.a. in Deutschland populär gemacht, wären die Piraten zur links-libertären Parteienfamilie zu zählen. Die links-libertäre Parteienfamilie entstand mit den Parteien der New Left und den ökologischen Parteien Ende der 70er und durch die 80er Jahre hindurch.

Was kennzeichnet diese links-libertäre Parteienfamilie von Anbeginn an?<sup>2</sup>

- Diese Parteien sind kritisch gegen die Logik gesellschaftlicher Entwicklung und Institutionen, die aus dem Nachkriegsarrangement zwischen Kapital und Arbeit in den Industriegesellschaften hervorgingen.
- Sie sind gegen den Primat ökonomischen Wachstums in der politischen Agenda.
- Sie sind gegen ein Muster der Politik, das demokratische Partizipation begrenzt und das Zusammenspiel von Eliten mit zentralen Interessengruppen (Verbänden) und Parteieliten präferiert.
- Sie misstrauen Märkten, dem zentralisierten bürokratischen Wohlfahrtsstaat und der Hegemonie professioneller Expertise in Politik und Gesellschaft.
- Sie vertrauen der Kapazität der Bürger, ihr Leben selbst zu bestimmen.
- Sie sind für eine politische Alternative, die die libertäre Verpflichtung auf individuelle Autonomie und breite Bürgerbeteiligung verbindet mit der linken Idee der Gleichheit.

Links-libertäre Parteien sind „links“: gegen die Macht der Märkte, für Solidarität und Gleichheit.

1 Siehe dazu den Artikel „Movement parties“ von H. Kitschelt im Handbook of Party politics/ed. By Richard S. Katz (2006)

2 Ich beziehe mich auf viele Arbeiten von Herbert Kitschelt, beginnend mit dem Artikel „Left-Libertarian Parties“ von 1988 bis heute.

Und sie sind „libertär“: gegen zentralistische Bürokratien, für individuelle Autonomie, Partizipation und Selbstregierung in dezentralen Gemeinschaften. Es ist also, folgt man diesem Modell, zur grün-libertären Partei (Grüne) eine weitere links-libertäre Partei getreten. Freilich prägt sie in Deutschland ihr ganz eigenes Muster der genannten Merkmale aus. Aber man kann sie doch unschwer erkennen und also zuordnen.

Was damit in der politischen Landschaft geschieht ist, dass die Hauptachse der Parteienkonkurrenz weiter hin in die Richtung verschoben bleibt, wie sie es zur jüngsten Hochzeit der Grünen (Fukushima, Stuttgart) war, der Gegensatz zwischen libertären und autoritären Orientierungen gewinnt so dauerhaft für die Verortung von Parteien und Bürgern in der politischen Landschaft an Gewicht und Bedeutung.

### 4. Der Parteienwettbewerb der LINKEN mit den Piraten

Die Piraten zogen von SPD, Grünen und der LINKEN massiv Wähler ab. DIE LINKE verlor Links-von-der-Mitte-Wähler an die SPD und die Grünen – und links-libertäre Wähler an die Piraten. Die sehr linken Wähler blieben ihr treu. Damit wurde DIE LINKE, im Spiegel ihrer Wählerschaft, zugleich linker und, vorsichtig gesprochen, weniger links-libertär. Das prägt auch ihr Bild in der Öffentlichkeit, ihr Image.

Was also tun? Die verbliebenen Wähler wären größtenteils mit dieser Entwicklung (tendenziell) durchaus einverstanden. Aber das wäre politisch das Aus. Es gälte also in Konkurrenz zu den Piraten:

Das Repräsentationsdefizit, das die Piraten beseitigen, für sich zu füllen, die Interessenlagen der Wählerschaft der Piraten aufzunehmen

Die Basisinnovationen der Piraten zu übernehmen  
Die links-libertäre „Seite“, noch am ehesten in der emanzipatorischen Linken zu verorten, deutlich zu stärken

### 5. Fazit:

Die Piraten geben uns Anlass, uns als Partei DIE LINKE selbst zu verändern. Es gilt, den Konkurrenten nicht mies zu machen, sondern den Wettbewerb anzunehmen.